

Erschienen in Heinz Ludwig Arnold & Frauke Meyer-Gosau (eds.). 1992. *Die Abwicklung der DDR*. Göttingen: Wallstein Verlag (Göttinger Sudelblätter), S. 54-63. Die Orthographie wurde angepasst, ausserdem wurde ein kleiner Nachtrag angefügt.

Impressionen beim *Evaluieren*

Zur Abwicklung der kulturwissenschaftlichen Einrichtungen der ehemaligen
DDR-Akademie der Wissenschaften

Wolfgang Raible

1. Einige Fakten, Zahlen und Koordinaten als Basis

Der Autor des nachfolgenden Beitrags hat bei der "Abwicklung" wissenschaftlicher Einrichtungen der ehemaligen DDR mitgewirkt. Es geht also nicht, wie in vielen anderen Beiträgen dieses Bandes, um die Sicht der Betroffenen — was freilich nicht ausschließt, dass, in anderem Sinne, auch die "Abwickelnden" mitunter Betroffene waren¹.

Alles begann, im August 1990, mit einem Brief von DIETER SIMON, dem Vorsitzenden des Wissenschaftsrats. Die Regierung der (damals noch nicht beigetretenen) DDR habe –im Verein mit den Regierungen von Bund und Ländern der Bundesrepublik Deutschland– den Wissenschaftsrat gebeten, gutachtlich zu den ausseruniversitären Forschungseinrichtungen in der DDR Stellung zu nehmen. Es gehe um die Bereitschaft, zu diesem Zweck an einer Arbeitsgruppe 'Geisteswissenschaften' des Wissenschaftsrates teilzunehmen. Als Mitglieder des Wissenschaftsrates gehörten dieser Gruppe der Historiker JÜRGEN KOCKA (Berlin - Vorsitz), die Sprachwissenschaftlerin ELS OKSAAR (Hamburg) und der Philosoph JÜRGEN MITTELSTRASS (Konstanz) an. Als die von DIETER SIMON mit analogen Briefen erfolgreich angeworbenen Mitglieder der Arbeitsgruppe erwiesen sich: KARL ACHAM (Graz; Soziologische Theorie, Ideengeschichte und Wissenschaftslehre), KARLHEINZ BLASCHKE (Leipzig; Kirchengeschichte), WOLFGANG FRÜHWALD (München; Neuere Deutsche Literaturgeschichte), MANFRED FUHRMANN (Konstanz; Latinistik), KONRAD KÖSTLIN (Tübingen; Empirische Kulturwissenschaft), EBERHARD LÄMMERT (Berlin; Allgemeine Literaturwissenschaft und Germanistik), CHRISTIAN MEIER (München; Alte Geschichte), WOLFGANG RAIBLE (Freiburg; Romanische Philologie, Sprachwissenschaft), RUDOLF SCHIEFFER (Bonn; Mittelalterliche Geschichte), MARTIN WARNKE (Hamburg; Kunstgeschichte). Etwas später stieß auch noch der Slawist RUDOLF RŮZIČKA aus Leipzig zur Gruppe der Evaluatoren. Der Bund war vertreten durch die Ministerialräte Dr. BERNHARD DÖLL (Bundesministerium für Forschung und Technologie) und Dr. GISELA STEFFENS (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft).

¹Ein Beispiel für die Betroffenheit der Evaluierenden sind die "Evaluationssplitter", die DIETER SIMON im *Rechtshistorischen Journal* 10,1990, auf den Seiten 399-425 veröffentlicht hat. Es sind kleine Parabeln und Aphorismen in der besten Tradition der Moralistik. Sie gleichen damit freilich Mosaiksteinen, die sich nur dem zu einem Gesamtbild fügen, der sie ganz liest.

Ländervertreter waren umschichtig die Ministerialräte BORGER und KOLATSCHNY (Niedersachsen). — Neben dieser geisteswissenschaftlichen Arbeitsgruppe gab es für die übrigen Fachgebiete zehn weitere, analog besetzte Gutachtergruppen.

Da die Fachkompetenz einer Arbeitsgruppe von der Zahl ihrer Mitglieder abhängt, intensives Arbeiten jedoch nur mit einer überschaubaren Zahl von Personen möglich ist, wurden bei der “Begehung” jeder einzelnen Einrichtung zusätzliche Gutachter herangezogen. Dieses Verfahren erwies sich als äußerst glücklich: Spätestens nach dem zweiten Zentralinstitut wussten die Mitglieder der Kerngruppe, “wo es lang ging”, während die dazu gestossenen Gutachter jedes Mal aufs neue zur vorhandenen Erfahrung und zum vorhandenen Sachverstand ihre zusätzliche Kompetenz einbringen konnten.

[S. 55] In seinem Brief vom August 1990 hatte DIETER SIMON bereits angekündigt, es sei mit zwei bis drei Sitzungswochen zu rechnen. Zu begutachten waren nacheinander

- das *Zentralinstitut für Deutsche Geschichte* (238 Stellen – 8./9. Oktober 1990). Die zusätzlichen Gutachter waren hier RUDOLF VIERHAUS (Göttingen), GERHARD A. RITTER (München), HERMANN WEBER (Mannheim).
- das *Zentralinstitut für Allgemeine Geschichte* (92 Stellen – 9./10. Oktober 1990). Hier stießen zu den zuvor genannten zusätzlichen Gutachtern noch der Afrika-Historiker HELMUT BLEY (Hannover), der Islam-Wissenschaftler WERNER ENDE (Freiburg), der Zeitgeschichtler ALEXANDER FISCHER (Bonn) und der Spezialist für Überseegeschichte GÜNTER MOLTMANN (Hamburg).
- das *Zentralinstitut für Literaturwissenschaft* (203 Stellen – 11. Oktober 1990). Zusätzlich haben hier gegutachtet: Der Slawist KARL EIMERMACHER (Bochum), der Anglist PAUL GOETSCH (Freiburg) und der Romanist HANS-ROBERT JAUSS (Konstanz).
- das *Zentralinstitut für Sprachwissenschaft* (220 Stellen – 12. Oktober 1990). Der Sachverstand der Arbeitsgruppe war hier ergänzt durch ROLF BERGMANN (Bamberg), WOLFGANG KLEIN (Nijmegen), KUNO LORENZ (Saarbrücken) und ARNIM VON STECHOW (Konstanz).
- das *Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie* (185 Stellen – 13. Oktober 1990). Hier waren zusätzlich anwesend für die Ur- und Frühgeschichte SIR DAVID WILSON vom British Museum in London, MICHAEL MÜLLER-WILLE (Kiel) und BERNHARD HÄNSEL (Berlin), für die Vorderasiatische Archäologie HANS JÖRG NISSEN (Berlin).
- das *Zentralinstitut für Philosophie* (131 Stellen – 8./9. Januar 1991). Zusätzlich gegutachtet haben hier: CARL FRIEDRICH GETHMANN (Essen), OTFRIED HÖFFE (Fribourg/ Schweiz), DIETER HENRICH (München) und der Logiker LOTHAR KREISER (Leipzig).

- Das *Zentralinstitut für Ästhetik und Kunstwissenschaften* (39 Stellen – 9./10. Januar 1991). Die hinzugezogenen Spezialisten waren ELMAR BUCK (Köln, Theaterwissenschaft), THOMAS GAEHTGENS (Berlin, Kunstgeschichte), JOCHEN HÖRISCH (Mannheim, Literaturwissenschaft) und KLAUS WOLFGANG NIEMÖLLER (Köln, Musikwissenschaft).
- das *Zentralinstitut für sorbische Volksforschung* (43 Stellen – 11./12. Januar 1991). Es war das einzige Institut ausserhalb Berlins. Bedingt durch das Siedlungsgebiet der Sorben ist es in Bautzen angesiedelt. Die slawistischen Sachverständigen waren die Professoren WILLIAM R. VEDER (Amsterdam), ROLAND MARTI (Saarbrücken) und B. STOKLUND (Kopenhagen).
- Bibliothek, Archiv und Sondersammlungen der Akademie der Wissenschaften (18. März 1991). Als Fachleute waren hier die Leiterin der Handschriftenabteilung der Wiener Staatsbibliothek und der ehemalige Leiter der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel, PAUL RAABE, anwesend.
- die *Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste*. (Zwischen 67 und 55 Stellen² – 19. März 1991). Die Arbeitsgruppe wurde dabei unterstützt durch den Kölner Musikwissenschaftler Klaus WOLFGANG NIEMÖLLER, der schon das Zentralinstitut für Ästhetik und Kunstwissenschaften mit evaluiert hatte, sowie durch THOMAS KOEBNER, den Leiter der Akademie für Film und Fernsehen in Berlin.

Man sieht, dass hier ein beträchtlicher “Auftrieb” an Gutachtern am Werke war: Eine Arbeitsgruppe mit 17 permanenten Mitgliedern (zu denen sich häufig noch der Vor-[S. 56] sitzende des Wissenschaftsrates *in persona* gesellte), ergänzt durch insgesamt nochmals weit mehr als 30 weitere Wissenschaftler, die der Arbeitsgruppe als besonders sachkundige Gutachter zu den zehn evaluierten Einrichtungen der ehemaligen DDR-Akademie der Wissenschaften zur Seite traten³.

Die Begutachtung war aus vier Gründen einigermaßen strapaziös. — Der erste Grund waren Unterlagen, die, doppelseitig bedruckt, mehrere Kilo wogen. Jedes der Zentralinstitute hatte auf 23 Fragen des Wissenschaftsrats zu antworten, und diese Antworten waren, zusammen mit einer Fülle weiterer Unterlagen aus den jeweiligen Institutionen, als Basis für die Gespräche zu studieren.

Der zweite Grund war ein recht anstrengendes Programm. Bei der Oktober-Kampagne waren an sechs Tagen, von Montagmorgen bis Samstagabend, zwischen 8.30 Uhr und 18.30 Uhr, teils 19 Uhr (und mit 30 Minuten Mittagspause in der Kantine der

²Wie viele es waren, wusste niemand genau zu sagen: Der Präsident HEINER MÜLLER hatte begonnen, kräftig Kündigungen auszusprechen, gegen die erfolgreich geklagt wurde. Die Zahl 55 dürfte für den damaligen Zeitpunkt realistisch sein.

³Dazu kam noch eine Vielzahl von Kollegen, bei denen sich der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, JÜRGEN KOCKA, schriftlich und mündlich kundig machte. Sie wurden teils sogar zu zusätzlichen Sitzungen nach Berlin gebeten.

Institute), fünf Zentralinstitute zu “begehen”. Diese Institute waren in qualvoller Enge in einem langgestreckten, L-förmigen Gebäude an der Prenzlauer Promenade 149-152 untergebracht. Die Atmosphäre war geprägt durch den Geruch von “Plaste und Elaste”, den man aus den D-Zugwagen der Deutschen Reichsbahn kannte. Einem kursierenden On-dit zufolge (das so natürlich nicht ganz stimmt) hat es seinerzeit u. a. die vietnamesische Botschaft abgelehnt, dort einzuziehen, worauf eine Reihe von Zentralinstituten der Akademie aus dem Zentrum Berlins an die Peripherie verlegt wurden.

Der dritte Grund für die Mühsal betraf in der ersten Woche die Unterbringung in einem Etablissement, das sich Gästehaus der Akademie nannte, jedoch ein zu einer Art Hotel umfunktioniertes Arbeiterwohnheim an der Ecke zwischen Leninallee und Ho Chi Minh-Straße in Berlin-Weißensee darstellt. Dank der zunehmenden Motorisierung der Ostberliner und der im Drei-Minuten-Takt verkehrenden Straßenbahn (Fahrpreis damals: 20 Pfennig) wachte man im 11. Stock spätestens zwischen fünf und sechs Uhr auf. Das Wohnheim besteht aus Appartements mit je zwei Zimmern, jedes ausgestattet mit zwei zu schmalen und zu kurzen, völlig durchgelegenen Betten. Um in das zweite Zweibettzimmer zu gelangen, musste man durch das erste hindurch, kam dann auf eine kleine Diele, die zum zweiten Raum und in ein Bad führte. Vom ersten Raum aus kontrollierte man so die Bewohner des zweiten, die des zweiten kontrollierten das Bad. Dezenterweise wurden für die Arbeitsgruppe die Betten jedoch nur einfach belegt, so dass zwei Mitglieder der Kommission sich jeweils ein Appartement zu teilen hatten und, wie dies für “Reisekader” wohl sinnvoll ist, sich gegenseitig beaufsichtigen konnten⁴.

Der vierte Grund dafür, dass es sich nicht gerade um eine erholsame Veranstaltung nach dem Schema *otium cum dignitate* handelte, bestand schließlich darin, dass es mit den Begehungen der Einrichtungen in Berlin und Bautzen bei weitem nicht getan war. Es kamen noch viele interne Sitzungen dazu, bis –nach insgesamt 21 Begehungs- und Sitzungstagen– das an die 300 Seiten umfassende Evaluations-Papier der Gruppe schließlich verfasst, überarbeitet und von der Arbeitsgruppe verabschiedet war⁵. Insgesamt dürfte jedes Mitglied der Arbeitsgruppe ‘Geisteswissenschaften’ mindestens sechs Wochen (zu je sechs Tagen und je 12 Arbeitsstunden) an Zeit investiert haben⁶.

Die “Begehungen” sahen in der Regel so aus, dass zunächst im Plenum ein etwa zweistündiges Gespräch mit den leitenden Wissenschaftlern der jeweiligen Einrich- [S.

⁴Bei späteren Gelegenheiten wurde die Arbeitsgruppe etwas komfortabler untergebracht — in einem ehemaligen Studentenheim in der Nahe der Humboldt-Universität, das inzwischen unter dem Namen ‘Charlottenhof’ zum “Dorint-Hotel” avanciert war, dabei zwar noch die alte Ausstattung und den –für ein Studentenheim beträchtlichen– alten Kornfort aufwies, die Preise jedoch bereits dem neuen Namen angepasst hatte.

⁵Hier ist des Engagements und der stets hellwachen Sitzungsleitung von JÜRGEN KOCKA sowie der Sachkompetenz und des Einsatzes der beiden “Sekretäre” der Gruppe, Dr. JÜRGEN TREPTE –ein Kind der DDR– und Dr. JOCHEN FRIED, besonders dankbar zu gedenken.

⁶Für Aussenstehende sei hinzugefügt, dass solche Gutachter-Tätigkeiten in der Bundesrepublik ehrenamtlich und unentgeltlich sind. Keiner der Gutachter hat –abgesehen von einem Buchgeschenk (das der Stifterverband für die Wissenschaft finanziert hat)– neben den Reise- und Aufenthaltskosten irgendeine materielle Entschädigung erhalten.

57] tung stattfand. Danach teilte sich die Arbeitsgruppe auf und besuchte –in Abwesenheit der jeweiligen Projektleiter– die Mitarbeiter an ihren Arbeitsplätzen. Nach der knappen Mittagspause in der Kantine fanden nochmals zwei Stunden lang Gesprächsrunden mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern an deren Arbeitsplätzen statt. Darauf folgte meist ein Gespräch mit den wissenschaftlichen Räten, die sich normalerweise in den Instituten konstituiert hatten, gegebenenfalls auch nochmals ein Gespräch mit den leitenden Wissenschaftlern. Der Schluss des jeweiligen Arbeitstages bestand in einer internen Beratung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Stellungnahme. Das Verfahren bei der Begehung entsprach damit genau dem Vorgehen des Wissenschaftsrats bei der Bewertung analoger Einrichtungen in der alten Bundesrepublik oder der Begehung von Sonderforschungsbereichen durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

2. Allgemeine Eindrücke

Alle Zentralinstitute waren in der Form, in der sie evaluiert wurden, ein Ergebnis der Akademie-Reform von 1968/69. Damals wurden einzelne Institute zu größeren Verbänden zusammengefasst, die teilweise bis 1990 Konglomerate geblieben sind. Dies galt z. B. für das *Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie* ebenso wie für das *Zentralinstitut für Sprachwissenschaft* und Teile des *Zentralinstituts für Deutsche Geschichte*. Ein Grundproblem aller Institute war die Zahl der Mitarbeiter. Da es in der DDR keine Arbeitslosigkeit geben durfte, wurden allenthalben Mitarbeiter beschäftigt, die auch in den Antworten an den Wissenschaftsrat ganz offen als “leistungsschwach” oder gar als “verzichtbar” bezeichnet wurden. In der Regel waren dies 25 bis 30 Prozent des Mitarbeiterbestandes.

Der Grad der politischen Organisation war unterschiedlich. Im *Zentralinstitut für Literaturwissenschaft* betrug er etwa zwei Drittel, in den beiden klassisch-philologischen Abteilungen des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie lag er bei etwa 10 Prozent. Dabei wurde der Arbeitsgruppe bald klar, dass eine SED-Mitgliedschaft allein wenig aussagt. Im Gegensatz zu den Universitäten, wo man streng darauf achtete, dass keine, mit Platon zu sprechen, “Verführer der Jugend” zu akademischen Lehrern bestellt wurden, galten die Akademie-Institute geradezu als Horte der Liberalität, in denen manches gedeihen konnte, was an den Universitäten unmöglich gewesen wäre.

Auffällig an den Akademie-Instituten war ein starker, in der ehemaligen DDR wohl nicht unüblicher “Nepotismus”. Es gab einen Sohn, der die Institutsleitung vom Vater übernommen hatte. Der Vater des Parteisekretärs im Institut A leitete selbst ein Institut B (wobei er übrigens das Missfallen der Partei erregt hatte). Der stellvertretende Leiter –und besonders eifrige Partei-Aktivist– eines Instituts C ist mit einer Wissenschaftlerin verheiratet, die an einem Institut D eine von der Partei gerne gesehene Karriere gemacht hatte. Die Zahl der (zum Teil schon wieder geschiedenen) Ehepaare, die am selben oder an verschiedenen Instituten beschäftigt waren, war beträchtlich. In einem Institut waren sogar zwei –sehr kompetente– Brüder im selben Projekt anzutreffen.

Fast alle Institute hatten Probleme mit der Rekrutierung des Nachwuchses. Besonders gravierend waren diese Probleme für Institute, die auf solche Disziplinen [S. 58]

zurückgreifen mussten, die im schulischen Angebot der DDR nicht (mehr) existierten, also z. B. die Klassische Philologie. Alle Mitarbeiter brauchten relativ lang für die A-Promotion, noch länger für die B-Promotion (*Doctor scientiae*), die in etwa einer Habilitation entspricht. Die A-Promovenden kamen als Aspiranten. Vor allem die in jüngerer Zeit eingestellten Aspiranten waren die einzigen, die befristete Stellen hatten. Da die Stellen meist nicht befristet waren, bestand auch kein sonderlicher Anreiz, rasch voranzukommen. Wenn jemand nicht von vornherein als "Führungskader" ausersehen war, war es ohnehin nicht ganz einfach, sich weiter zu qualifizieren.

Auffällig und zunächst überraschend für den Aussenstehenden war, wie gut sich alte 'Strukturen' perpetuieren. Die Institute hatten sich durch Wahlen neue Direktoren und "Wissenschaftliche Räte" zugelegt. Zum Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates wurde dabei in einem Institut der frühere Parteisekretär gewählt. In einem anderen war der Parteisekretär (und zugleich Vorsitzende der Betriebskampfgruppe) zum Direktor gewählt worden. Man verstand jedoch bald, dass dies nicht unter allen Umständen negativ zu interpretieren sein muss. (Führungsqualitäten erwirbt man selten von heute auf morgen.) Als wesentlich weniger günstig für das Gesamtbild erwies sich dagegen eine Erfahrung, die uns in analoger Weise, wenn auch auf anderer Ebene, inzwischen die ehemaligen Republiken der UdSSR bzw. Jugoslawiens vermittelt haben: Kaum waren die Institutsmitglieder der verordneten wissenschaftlichen Gesamtleitung entronnen, begannen die großen Arbeitsgruppen in Grüppchen oder gar Individuen zu zerfallen, die, jedes für sich, an Projekten und Projektchen bastelten. Polyphonie ist dort, wo es um die Darstellung eines Instituts nach aussen und mithin um den Nachweis der Notwendigkeit seines Fortbestehens geht, kein allzu günstiger Faktor.

Auffällig war auch die sehr unterschiedliche Ausstattung der Institute mit höher dotierten Stellen. Es gab fünf verschiedene Besoldungsstufen, W II bis W VI. Mit einem W VI-Gehalt konnte man in die Nähe dessen kommen, was ein DDR-Minister verdiente. Das *Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie* hatte unter seinen 185 Stellen nur eine einzige W VI-Stelle, die des Direktors. Das *Zentralinstitut für Philosophie* verfügte bei einer Gesamtzahl von über 130 Stellen dagegen über acht, das *Zentralinstitut für Sprachwissenschaft* bei insgesamt 220 Stellen über 12 W VI-Stellen. *Honni soit qui mal y pense.*

Auffällig –und zugleich beruhigend– war schließlich, wie herausragende Forscherpersönlichkeiten eine Disziplin jahrzehntelang prägen können. Schöne Beispiele waren das wissenschaftliche Nachleben des Finno-Ugristen WOLFGANG STEINITZ, der u. a. Talente wie MANFRED BIERWISCH gefördert hat, oder der Romanist WERNER KRAUSS, auf den die besondere Qualität der gesamten Aufklärungsforschung in der ehemaligen DDR zurückgeht.

3. Die Höhe- und Tiefpunkte einer Evaluation

Das riesige *Zentralinstitut für Deutsche Geschichte*, mit dem die Oktober-Kampagne begann, ist in der –ganz subjektiven– Erinnerung des Berichterstatters eine graue Masse, in der es nur wenige bunte Tupfer gab. Der erfreulichste war die Abteilung für

Volkskunde, die stets so etwas gewesen war wie das fünfte Rad am Wagen. Die bunten Tupfer, häufig in Gestalt jüngerer Wissenschaftler, wurden zahlreicher im *Zentral-* [S. 59] *institut für Allgemeine Geschichte*, wo es interessante Abteilungen gab, z. B. für afrikanische Geschichte oder für moderne Orientforschung.

Auf das Crescendo der beiden ersten Tage folgte abrupt das Decrescendo. JÜRGEN KOCKA hatte für den Nachmittag des dritten Tages, gewissermaßen als ‘Zugabe’, eine Begegnung mit der Sektion für Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität vermittelt. In dieser Sektion arbeitete ein breites Spektrum von Historikern (14 Lehrstühle) mit einer bisher handverlesenen, wegen der totalen Bildungs-Planwirtschaft der ehemaligen DDR äusserst geringen Zahl von Studenten. Für Berufungen gab es immer nur einen, vielleicht auch einmal zwei Kandidaten, die in ganz kleinem Kreis ausgewählt und dann dem Minister zur Bestätigung vorgeschlagen wurden. Der Erfolg war ein völlig homogenes Gremium, in dem –wie die Arbeitsgruppe erfahren durfte– einfach alles zum besten stand. Der alte Sektionsleiter war auch der neue Sektionsleiter, nicht einmal der anwesende Studentenvertreter sah, wenigstens in der Öffentlichkeit, einen Anlass zur Klage. Eine Vakanz hatte man noch schnell auf die alte Weise zu füllen versucht, die Bestätigung des Ministeriums stand aber (“leider”) noch aus. Eine Professur für mittelalterliche Geschichte, die schon auf die neue Weise ausgeschrieben war, erbrachte zum Erstaunen der gesamten Sektion 27 Bewerbungen, die meisten aus den alten Bundesländern.

ADOLF RÜGER, Vertreter der allgemeinen bzw. aussereuropäischen Geschichte und Sektionschef seit 1983, spulte mit melancholischer Gleichgültigkeit eine zwei-stündige Vorstellung ab, die zeigen sollte, dass man –gerade jetzt nach der Wende– in der besten aller wissenschaftlichen Welten lebe. Man habe auch schon Studenten aus dem Westen (in Ur- und Frühgeschichte wegen des nicht erforderlichen Latinums). Eine Mitsprache von aussen in Berufungsangelegenheiten wäre, wo man doch gerade etwas mehr Autonomie gegenüber dem Ministerium gewonnen habe, ein gewaltiger Rückschritt.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe empfanden diese Begegnung –in einem Saal der Humboldt-Universität, in dem sich früher die SED-Mitglieder versammelten und der noch bis zum Mai 1990 Versammlungsraum der PDS war– als ein Gruselkabinett erster Ordnung und zugleich als eine unvergleichliche und unvergessliche Demonstration dafür, dass das eigentliche Problem nicht die Akademie-Institute, sondern die DDR-Universitäten darstell(t)en. “Einem bundesdeutschen Kollegen” –so hat sich der Berichtstatter damals notiert– “möchte man die Tätigkeit in einem solchen Gremium auch dann nicht wünschen, wenn es sich um den schlimmsten Feind handeln sollte”.

Vor diesem absoluten Tiefpunkt der gesamten Evaluations-Kampagne hob sich am folgenden Donnerstag das *Zentralinstitut für Literaturwissenschaft* besonders vorteilhaft ab. Hier begegnete die Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats erstmals einer Reihe von insgesamt sehr guten Forschergruppen, namentlich in den Bereichen der Anglistik, Germanistik und Romanistik. Anhand dieses Instituts stellte sich auch zum ersten Mal die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, ganze Arbeitsgruppen zu erhalten, statt sie aufzulösen und auf andere Institutionen zu verteilen — eine Frage, die an den nächsten

Tagen beim *Zentralinstitut für Sprachwissenschaft* und beim *Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie* erneut auftauchte. Namentlich am ZIAGA fanden sich eine ganze Reihe von –nach wie vor sehr guten– Unternehmungen, die typische [S. 60] Akademie-Langzeitprojekte sind und als solche in die Tradition der alten Leibniz-Akademie gehören⁷. Ihrer haben sich –nach erneuter Begutachtung mit eigenen Experten– interimistisch die fünf westdeutschen Akademien angenommen.

Zu den positivsten Überraschungen der Begehungen zählten im März 1991 die Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste. Diese Akademie ist in gewissem Sinne eine Nachfolge-Institution der Preußischen Akademie der Künste, freilich nicht mit der lückenlosen institutionellen Permanenz, die bei der Akademie der Wissenschaften vorliegt. Sie wurde 1949 noch von der sowjetischen Besatzung wieder gegründet. Die zuerst Berufenen stellten insofern ein herausragendes Gremium dar, als etwa eine Hälfte aus dem inneren Widerstand gegen die Nazi-Diktatur kam und die andere Hälfte aus Künstlern bestand, die aus dem Exil zurückgekehrt waren. Die Akademie hatte von Anfang an vier Klassen: Literatur, Musik, Darstellende und Bildende Kunst. Der Teil des Archivs der alten Preußischen Akademie der Schönen Künste, der sich im Osten Berlins befand, ging in das Archiv dieser Akademie der Künste ein. (Der westliche Teil kam in das Archiv der wesentlich später neu gegründeten Westberliner Akademie der Künste.)

Ein Spezifikum der Ostberliner Akademie der Künste bestand darin, dass das Archiv nicht nur durch testamentarische Nachlässe von Künstlern sehr stark gewachsen war. Insbesondere die Pflege des “Nachlasses zu Lebzeiten” führte dazu, dass sich in allen vier Bereichen eine Forschungsabteilung entwickelt hat. Als ein Beispiel mag die Abteilung für Darstellende Kunst dienen: Als etwa WALTER FELSENSTEIN seinen “Nachlass zu Lebzeiten” der Akademie übergab, schlug er zugleich eine Musikwissenschaftlerin vor, die sich mit der Edition und der Synthese befassen sollte. Aus ihr ist eine erstklassige Kennerin des europäischen Musiktheaters geworden; andere Mitarbeiter überblicken in analoger Weise nun das europäische Tanztheater oder das Theaterwesen generell. Dasselbe gilt für den Film, wo ein Mitarbeiter sich zunächst mit dem (wenig bedeutenden) Filmschaffen einzelner Akademie-Mitglieder beschäftigte, dann jedoch, wie etwas später ein weiterer Mitarbeiter, grundlegende Arbeiten zur Ästhetik (insbesondere Rezeptionsästhetik) des Films verfasst hat.

Die große Überraschung, die die Akademie der Schönen Künste bot, lag nun gerade in diesen Forschungsabteilungen, die einen durchweg sehr positiven Eindruck machten. Welcher der –allemaal um ihr Nachleben besorgten– Künstler sähe schon seinen Nachlass zu Lebzeiten gerne in schlechten Händen? Sieht man von der sehr guten Musikabteilung des *Zentralinstituts für Ästhetik und Kommunikation* ab, so könnte man fast sagen, zwischen beiden Einrichtungen bestehe ein Unterschied wie zwischen Tag und Nacht.

Das eigentlich Kuriose an der Begehung dieser Forschungsabteilung war freilich:

⁷Hierzu hat der Wissenschaftsrat unter dem Datum des 25.1.1991 eine eigene Empfehlung für insgesamt 30 “Akademievorhaben in den neuen Ländern und in Berlin” ausgesprochen.

Sie war nicht von irgendeiner Institution veranlasst, sondern entsprach einem –von der Senatorin für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin vermittelten– Hilferuf der Betroffenen. Die Leitung der Akademie war nämlich dabei, die Forschungsabteilung als lästigen Ballast abzuwerfen – er behinderte ja nur die erstrebte Vereinigung mit der West-Akademie der Schönen Künste. Auch Künstlern ist das Hemd näher als die Jacke.

[S. 61]

4. Folgen der Evaluation

Der Hilferuf der Mitglieder der Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste hat zu einer gesonderten Stellungnahme des Wissenschaftsrats geführt⁸. Diese Einrichtung sei, so heißt es da, “ein in vieler Hinsicht einzigartiges und besonders bewahrenswertes Element der geisteswissenschaftlichen Forschungslandschaft der neuen Bundesländer”. Empfohlen wurde eine (vom Innenministerium alimentierte) Stiftung als Träger des Archivs und ein Forschungsbereich mit etwa 30 Stellen, davon 15–20 für Wissenschaftler.

Dies ist jedoch nicht die einzige positive Konsequenz der Evaluation durch die Arbeitsgruppe ‘Geisteswissenschaften’. Der Wissenschaftsrat hat in seiner *Stellungnahme zu den ausseruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften*⁹ die Gründung von sieben kulturwissenschaftlichen Forschungszentren vorgeschlagen. Ihre Besonderheit liegt darin, dass sie Schwerpunkte auf Gebieten setzen, auf denen gerade in der Forschung der ehemaligen DDR Besonderes geleistet wurde¹⁰. Als Einrichtungen, die gleichrangig neben entsprechenden ausländischen Forschungseinrichtungen stehen, sollen sie Kristallisationspunkte für die kulturwissenschaftliche Forschung in einer neuen deutschen Forschungslandschaft darstellen und damit der gewachsenen internationalen Bedeutung der gesamtdeutschen Forschung auch auf dem Gebiet der Kulturwissenschaften gerecht werden. Die Zentren sind mit allen deutschen Hochschulen dadurch verbunden, dass sich von dort einzelne Wissenschaftler oder Gruppen mit Projekten für die befristete Arbeit an einem Zentrum bewerben können, in der Anfangsphase bevorzugt bestimmte, besonders leistungsfähige Gruppen aus den neuen Bundesländern. Die Zentren unterscheiden sich von anderen Forschungseinrichtungen dadurch, dass die jeweils 25 Wissenschaftler-Stellen, über die sie verfügen, zu mindestens zwei Dritteln nur projektgebunden, also für höchstens fünf Jahre, besetzt werden können. Sie begünstigen so die beständige Innovation, die auch dadurch angestrebt

⁸“Stellungnahme zu den Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste zu Berlin“ vom 5.7.1991.

⁹5. Juli 1991, Drs. 334/91. S. 72ff.

¹⁰Im Einzelnen: Zentrum für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, für die Erforschung des modernen Orient, für Allgemeine Sprachwissenschaft, Sprachtypologie und Universalienforschung, für Aufklärungsforschung, für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft, für Ostmitteleuropa und für Zeitgeschichte.

wird, dass jeweils für eine bestimmte Zeitspanne bestimmte thematische Schwerpunkte gesetzt werden.

Diese Zentren sind unter der Obhut der Max-Planck-Gesellschaft zum 1. Januar 1992 gegründet und –nach einer Auswahl durch Mitglieder und Gutachter der Max-Planck-Gesellschaft– mit jeweils etwa 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den ehemaligen Akademie-Instituten besetzt worden. 1993 werden sich aus allen Hochschulen Deutschlands nochmals jeweils 10 Personen als Einzelforscher oder als Forschergruppen für eine Tätigkeit in einem dieser Zentren bewerben können.

In den eben genannten Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu den geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der ehemaligen DDR konnten naturgemäß nur allgemeine Empfehlungen für Gruppen ausgesprochen werden, also keine Würdigung von einzelnen Forscherpersönlichkeiten. Dies war Aufgabe des mit derzeit 400 Millionen DM dotierten *Wissenschaftler-Integrations-Programms* (WIP) im *Hochschul-Erneuerungs-Programm* (HEP). Wissenschaftler aus Gruppen und Einrichtungen, die in den Wissenschaftsrats-Empfehlungen zu sämtlichen ausseruniversitären Einrichtungen besonders herausgehoben waren, hatten diese Möglichkeit, sich für dieses Programm zu bewerben. Auch hier gab es wieder ein gigantisches Begutachtungs-Verfahren für insgesamt etwa 3.000 Bewerberinnen und Bewerber, [S. 62] davon über 400 aus dem Bereich der Kulturwissenschaften. Organisatorischer Träger war die “Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die ehemaligen Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften“ (KAI AdW). Die Durchführung mit äusserst knappen Fristen –die Entscheidungen mussten zum 1.1.1992 “umsetzbar” sein– war nur aus zwei Gründen möglich: Zum einen, weil die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Stiftung Volkswagenwerk, die Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen und die Max-Planck-Gesellschaft Referenten zur Verfügung gestellt hatten, die das nötige Know-how für die Organisation eines solchen Verfahrens besaßen. Zum anderen, weil wiederum eine Fülle von Kolleginnen und Kollegen bereit waren, das dornige Geschäft des Gutachtens unter verschärften Bedingungen (sprich: Fristen) auf sich zu nehmen. Allein für die Kulturwissenschaften waren etwa 60 Gutachter tätig; insgesamt 27 davon waren als Berichterstatter bei drei Auswahl Sitzungen in Berlin, wo für jeden der Kandidaten jeweils mehrere schriftliche Gutachten vorlagen. Auf diese Weise werden seit Januar 1992 etwa 250 Kulturwissenschaftler im WIP gefördert — wobei alles getan wird, um die kaum überwindbare Schranke für die Förderung im zweiten Jahr aufzuheben¹¹. Unter den so Geförderten befindet sich nun –dies kann mit Nachdruck gesagt werden– eine sehr große Zahl von Wissenschaftlern, die jeder deutschen Universität zur Zierde gereichen würden.

Die Universitäten der Neuen (und Alten) Bundesländer sollten sich nachhaltig aus diesem Potential bedienen. Keine Investition ist, auf längere Sicht gesehen, so bil-

¹¹Bedingung für die Förderung im zweiten Jahr ist bis zum Zeitpunkt, zu dem dieser Beitrag verfasst wurde (Februar 1992), der Nachweis, dass eine Hochschule bereit ist, die oder den Geförderten im dritten Jahr auf eine Stelle zu übernehmen. — Die Zahl der Geförderten kann nur ungefähr angegeben werden, weil sich ca. 50 Personen erfolgreich doppelt beworben haben, insbesondere für eines der sieben Zentren, aber etwa auch für das Institut für Deutsche Sprache in Mannheim.

lig, folgenreich und zukunftsichernd wie die in Bildung und Ausbildung. Umgekehrt kommt, wiederum längerfristig gesehen, kein Versäumnis einen Staat wie das föderative Gemeinwesen der Bundesrepublik, das von seiner geistigen Kapazität und Innovationskraft leben muss, so teuer zu stehen wie Unterlassungen auf dem Gebiet des Bildungswesens. Es sei nur daran erinnert, dass die Bundesrepublik Jahrzehnte gebraucht hat, um den Verlust zu kompensieren, der durch die Vertreibung der jüdischen Wissenschaftler entstanden war.

Insgesamt wird man kaum sagen können, es habe bei der Überleitung der kulturwissenschaftlichen Einrichtungen der ehemaligen DDR-Akademie der Wissenschaften einen Kahlschlag gegeben. Es gab eine große Zahl von –auch aus “westlicher” Sicht– typischen Akademie-Unternehmungen, deren Qualität 40 Jahre SED-Herrschaft unbeschadet, wenn auch z. T. gar nicht richtig gewürdigt, überstanden hat. Es gab Bereiche, in denen sich in der DDR-Wissenschaft qualitativ Herausragendes entwickelt hat. Mit den sieben Forschungszentren sind diese Gebiete sogar besonders herausgehoben worden.

Freilich gibt es auch manches Unbefriedigende im Gefolge der “Abwicklung”. Dazu zählt aus der Sicht vieler Betroffener gewiss auch, dass die entsprechenden Arbeitsgruppen, Kommissionen und Gutachtergremien ‘Spruchkammern’ weder sein konnten noch wollten. Wissenschaftliche Kompetenz lässt sich noch relativ leicht feststellen. Für die Beurteilung menschlicher Qualitäten wird ein langwieriger Prozess der Aufarbeitung nötig sein. Er ist Anfang 1992 mit der Diskussion über die Akten der Staatssicherheit in Gang gekommen und wird sicher auch im Bereich der Wissenschaft noch manche Überraschung und vor allem manche menschliche Enttäuschung bringen. Freilich wird er bald in etwas mehr geregelten Bahnen, weniger aufgeregt und vor allem mit weniger nutzlosen Polarisierungen (und Vorschlägen zu [S. 63] Radikallösungen) verlaufen als in seiner Anfangsphase, wo er mitunter recht seltsame Blüten getrieben hat.

Nachtrag 2008

Das Wissenschaftler-Integrationsprogramm WIP und das Hochschul-Erneuerungs-Programm HEP waren, auch wenn hier ca. 600 Millionen DM investiert wurden, nur sehr bedingt Erfolge. Trotz der Overheads, die die in diesen Programmen geförderten Wissenschaftler bekamen, hielten sich die Universitäten sehr zurück mit der Einrichtung neuer Stellen. Nur in Thüringen wurde ein hoher Anteil der WIP-Geförderten übernommen.

Generell ist zu sagen, dass in der allgemeinen Ratlosigkeit der deutschen Politik gegenüber den Problemen, die die ehemalige DDR bereitete (sie hielt bis etwa 1992 an), und Dank der guten Zusammenarbeit des Vorsitzenden des Wissenschaftsrats, DIETER SIMON, mit dem –sehr durchsetzungsfähigen– damaligen Bildungsminister JÜRGEN

MÖLLEMANN, fast alle Programme finanziert und umgesetzt wurden. Im Übrigen ist der relativ problemlose Verlauf des Überleitungs-Prozesses nicht zuletzt das Verdienst eines Ministerialrats aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, HARTMUT F. GRÜBEL (heute Ministerialdirigent), der es in einer für Beamten eher untypischen Weise verstand, kreativ alle (damals noch) rechtsfreien Räume zugunsten der ihm Anvertrauten auszuschöpfen.

Was die sieben vorgeschlagenen Zentren angeht, hat die Max-Planck-Gesellschaft in einer Präsidentenkommission unter der Leitung des unvergessenen FRANZ-EMMANUEL WEINERT (1930-2001) in 13 ganztägigen Sitzungen ein hervorragendes Konzept erarbeitet. Es hatte nur den Nachteil, zu spät zu kommen und dann im Interessenkonflikt mit den damaligen ‘Großen Vier’ der deutschen Forschungslandschaft¹², die keinen weiteren Player auf nationaler Ebene neben sich haben wollten, zerrieben zu werden. Eines der Zentren hat die Max-Planck-Gesellschaft immerhin nostrifiziert – als Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin. Für ein zweites mögliches Max-Planck-Institut (Aufklärungsforschung) wurden keine adäquaten Direktoren gefunden. In Berlin existieren drei Zentren, unterhalten durch DFG-Projektförderung, auf kleinerer oder größerer Flamme weiter: Das Zentrum für allgemeine Sprachwissenschaft (ZAS), das Zentrum für Literatur- und Kulturforschung (ZfL) und das Zentrum Moderner Orient (ZMO).

¹²Deutsche Forschungsgemeinschaft [DFG], Max-Planck-Gesellschaft [MPG], Fraunhofer Gesellschaft [FhG] und Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung [GMD – inzwischen in die Fraunhofer Gesellschaft integriert]. Dazu kam 1997 die ‘Leibniz-Gemeinschaft’, ein Zusammenschluss von derzeit 88 früher so genannten ‘Blaue-Liste-Instituten’, d. h. von Bund und den Sitzländern anteilig finanzierten Einrichtungen. Im Rahmen der Evaluation der Forschungseinrichtungen der ehemaligen DDR war die Zahl dieser Institute zwischen 1989 und 1992 um 34 gestiegen.